

Eröffnungsrede des Präsidenten Markus Baumann

Geschätzte Kolleginnen

Geschätzte Kollegen

Das Wahlwochenende vom 19. Mai verlief erfreulich. Sowohl bei den nationalen, als auch bei der kantonalen Abstimmung konnte ich mich zu den Gewinnern zählen. Und noch mehr! Auch im Kanton Bern wurde die Kürzung der Sozialhilfe vom Volk abgelehnt. Die Juso konnte im Kanton Baselstadt eine Topverdiener-Steuer einführen.

Ja solche Abstimmungswochenenden könnten einen schon in Euphorie versetzen. Die Erfahrung zeigt jedoch, dass man solche Situation, auch bei Erfolgen, kritisch hinterfragen muss.

Ja wir haben zwar die unsägliche Tiefsteuerstrategie in unserem Kanton verhindern können. Ein Glanzresultat ist es aber bei weitem nicht. Denn zwischen dem Ja- und dem Nein-Lager liegen gerade mal 2000 Stimmen.

Und: Nur einige Tage nach dem der Kanton Bern die Kürzung der Sozialhilfe verworfen hat, kommt vom Hägendorfer SVP-Kantonsrat, Tobia Fischer ein Vorstoss, die Sozialhilfe um 30% zu kürzen. Eine Alleinstehende Person müsste mit weniger als 700 Franken für Verpflegung, Kleidung, Körperpflege etc. auskommen, eine vierköpfige Familie mit weniger als 1500 Franken. Mit dem verfänglichen Titel «Motivation statt Sanktion» versuchen etliche mitunterzeichnende bürgerliche Politiker diese Vorlagen

schönzureden. Schauen wir die Kommentare zu solchen Vorstössen in den sozialen Medien an, stellen wir fest, dass solche Forderungen salonfähig werden. Die Abstimmung über den Observationsartikel, welcher es Versicherungen erlaubt, jeden versicherten nach Gutdünken zu überwachen, hat uns gezeigt, dass Mehrheiten bereit sind, Bedürftige hart anzufassen und sie unter den Generalverdacht zu stellen, Sozialschmarotzer zu sein.

Bei den Wahlen des Europaparlaments vom vergangenen Wochenende, ist ein massiver Rechtsrutsch festzustellen. Die Anwärter auf EU-Kommissionspräsidium machen bereits deutlich, dass sie bereit sind, auch die Schweiz künftig in die Schranken zu weisen. Nachverhandlungen zum Rahmenabkommen sollen der Schweiz verwehrt bleiben. Der Lohnschutz ist damit gefährdet. Der Bundesrat liess in der Vergangenheit in diesem Dossier jegliche Führung vermissen.

Wer also glaubt, die Linke sei im Aufwind, könnte sich irren. Im kommenden Oktober sind National- und Ständeratswahlen. Der Rechtsrutsch vor vier Jahren muss dringend korrigiert werden, um in der Sozialpolitik Fortschritte zu erzielen.

Umso wichtiger ist es, dass wir in den kommenden Monaten unsere Meinungen konsequent kundtun, dass wir nochmals näher zusammenrücken. Mit der Zukunftswerkstatt welche wir im vergangenen Januar durchgeführt haben, haben wir versucht die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Die einzelnen Gewerkschaften der GbS müssen sich vernetzen, einander unterstützen und gemeinsam für soziale Gerechtigkeit kämpfen. Wir müssen es schaffen, dass sich die

Lohnabhängigen, die Erwerbslosen und die Rentnerinnen und Rentner von uns vertreten fühlen und nicht den rechtspopulistischen Kräften auf den Leim gehen.

Ein erster Tatbeweis können wir am kommenden 14. Juni, am Frauenstreiktag erbringen. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass die Aktionen in Grenchen, Olten und Solothurn ein Erfolg werden. Dass es uns gelingt ein starkes Zeichen zu setzen – ein Zeichen, dass wir nicht mehr gewillt sind, uns weiter auf später vertrösten zu lassen.

Lohngleichheit. Punkt. Schluss!!

Liebe Kolleginnen

Liebe Kollegen

Mit diesem Aufruf erkläre ich die diesjährige Delegiertenversammlung als eröffnet.